

# Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 50 Pf. Durch Austräger 2,20 M. pro Woche, 9.— M. pro Monat. Durch die Post 9.— M. pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 5—6 Uhr. Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau. Postfachkonto Nr. 81059. — Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8887.

Dienstag, 17. Januar 1922

Anzeigenpreise: Die 9gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 M., auswärts 0,90 M. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familienanzeigen, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 M. Reklame: Die Millimeterzeile, 8gespaltene oder deren Raum im Text 3.— M.

## Der Sozialdemokrat Radbruch stellt sich schützend vor den Hochverräter Ludendorff.

Der Reichsminister der Justiz, der Sozialdemokrat Radbruch, hat es jetzt endlich für nötig gehalten, zu antworten auf eine Anfrage der Abgeordneten Ledebour und Rosenfeld im Reichstag, was die Regierung zu tun gedenke um dem in Leipzig einwandfrei als Hochverräter entlarvten Ludendorff den Prozeß zu machen.

Diese Antwort ist so bezeichnend für die schamlose Stellungnahme sozialdemokratischer Minister zu dem Rappverbrecher, daß wir jedem sozialdemokratischen Arbeiter nur raten, sich in diese hochwohlweise sozialdemokratische Verteidigungsschrift zur Ehrenrettung Seiner Exzellenz Ludendorff etwas zu verliehen.

Belanntlich war es gerade die SPD-Presse, — radikale Phrasen sind immer billig — die auf Grund der Enthüllungen anlässlich des letzten Rappprozesses in Leipzig, mit ungeheurem Lärm die Bestrafung Ludendorffs wegen Hochverrats verlangte. Heute erteilt ihr Herr Radbruch, der vielgepriesene sozialdemokratische Reichsjustizminister, eine schallende Ohrfeige, indem er in einem juristisch erklügelten Ufas nach vielem wenn und aber verkündet:

Dies Kind, kein Engel ist so rein — — Es entsteht die Frage: Was wird die SPD-Presse nun tun? Wird sie nach den Phrasen zu der Tat stehen, die die radikalen Töne von damals bei einiger Konsequenz verlangen?

Wir haben so oft erlebt, daß die sozialdemokratische Presse, sobald nur einer der SPD-Ministerjessel-Drücker gepiffen hatte, wie das getreuste Hündchen „Schön“ gemacht hat, aus Schwarz plötzlich Weiß und umgekehrt hat werden lassen, daß wir über ihre neue politische Einstellung gegenüber Herrn Radbruch gar nicht mehr erstaunt sein werden.

Eine zweite Frage interessiert uns viel mehr: Was sagen die SPD-Arbeiter zu der ganzen Geschichte? Werden sie sich wirklich durch solche all zu durchsichtigen Zauberkunststücke wieder einmal einreisen lassen? Oder werden sie darauf bestehen bleiben, daß Ludendorff als Hochverräter, wie die gesamte SPD-Presse noch vor einem Monat verlangte, zu bestrafen ist?

Es hieße, von SPD-Arbeitern zu schlecht denken, wenn auch sie geschlossen auf den Radbruch'schen Rückpfeil kehrt machen würden.

Wir sind neugierig auf die Entwicklung der Dinge!

Aus dem Antwortschreiben Radbruchs auf die Ledebour-Rosenfeldsche Anfrage, aus diesem spitzfindigen Dokument juristischer Doppelzüngigkeit entnehmen wir folgendes:

Es wird Erwähnung getan eines Briefes des Direktors des pommerischen Landbundes von Dewitz Anfang März 1920. Darin wird mitgeteilt, daß sich Rapp über ein Vosschlagen im März unvorsichtig geäußert hat, und es wird ausgesprochen, daß General Ludendorff

„von jeder Berichtigung mit derartigen Angelegenheiten für den Fall des Zugriffs der Regierung bewahrt bleiben müsse“, damit er seinen Einfluß „gleichgültig, ob er im entscheidenden Augenblick offiziell oder hinter den Kulissen ausgeübt werde“, uneingeschränkt behalte.

Ein weiterer Brief des bekannten und berüchtigten Credit-Colum an Ludendorff spielt eine große Rolle. Er ist vom 17. März 1920 datiert.

General Ludendorff wird darin beschworen, die Sache Rapp, von der er gewußt und die er gebilligt habe, nicht im Stich zu lassen.

Weiter wird in Radbruchs Antwort zugegeben, daß General Ludendorff am 13. März, vormittags 6 Uhr am Brandenburger Tor erschien, um dort das Nachrichten der Marinebrigade zu beobachten (1) und daß er dann aus freien Stücken Rapp in der Reichstanzlei aufsuchte und an Kabinettskammern teilgenommen hat.

Aus diesen doch für Ludendorff geradezu vernichtenden Tatsachen läßt sich Herr Radbruch durch den Oberreichsanwalt zunächst folgendes Urteil ziehen. Man beachte genau, mit welchem juristischen Raffinement die Schuld Ludendorffs von vornherein in eine solche Formulierung gegossen wird, daß er nicht belangt werden könne:

„Bei diesem Sachverhalt ergibt sich der Eindruck, daß General Ludendorff über die politischen Anspannungen und Ziele der am Rapp-Fußstapfen beteiligten im allgemeinen unterrichtet gewesen ist

und das Unternehmen selbst mit sichtbarem Interesse begleitet hat.“

Und dann wird — selbst dem primitivsten Gerechtigkeitsgefühl mitten ins Gesicht schlagend — festgestellt, daß ein ausreichender Verdacht für eine straffbare Handlung Ludendorffs im Sinne der Führerschaft nicht bestehe. Und so sieht der sozialdemokratische Reichsjustizminister aus:

„Ich trete der letzteren Auffassung bei.“

Das, obgleich der Pommerische Landbund-Direktor Dewitz deutlich festgestellt hat, daß die wirkliche Seele des Rapp-Fußsches Ludendorff war. Er ist doch in umso höheren Maße als intellektueller Urheber und Führer anzusehen, als er, um vor dem „Zugriff der Regierung bewahrt zu bleiben“, in der feigsten Form „seinen Einfluß hinter den Kulissen ausgeübt“ hat. Und wenn noch obendrein Credit-Colum bescheinigt, daß Ludendorff um die „Sache Rapp gewußt und gebilligt“ hat, so gehört wirklich eine unheimliche Portion politische Würdelosigkeit und Bedienstenererei gegenüber den Deutschnationalen dazu, einer solchen unerhörten Rechtsvergewaltigung als Sozialdemokrat sein „Genehmigt“ zu geben.

Spottet seiner selbst und weiß nicht wie — —

Unser Verdacht, daß die offizielle SPD-Presse auch die neueste Rechts-Komödie, die um so ungeheurerlicher wirken sollte, als noch Tausende von revolutionären Arbeitern wegen ihrer politischen Betätigung im Zuchthaus sitzen, schlucken würde, weil man von obenherab gepiffen hat, bestätigt sich recht schnell.

Folgendes infame Zeug schreibt — und das ist alles, was er zu sagen hat — der „Vorwärts“ zusammen:

Ludendorff hat also so vorsichtig Paragraphenbedeckung genommen, daß man nicht an ihn herankann. Dadurch wird seine rechtliche Lage verbessert, aber nicht das moralische und politische Urteil über ihn. Er war der wohlbehütete Strategie des Fußsches, während die anderen im Schützengraben lagen. Schließlich gelang es aber doch allen bis auf einen zu entweichen, und nun ist Ludendorff der Führer im Chor der Gerecheten.

Es wird nicht viele Leute geben, die ihn um diese Rolle beneiden.

Auch der „Vorwärts“ stellt also, gleich uns, fest: „Er war der wohlbehütete Strategie der Fußcher, während die anderen im Schützengraben lagen.“

Und der „Vorwärts“ meint trotz der festgestellten Führerschaft Ludendorffs: „Dadurch wird seine rechtliche Lage verbessert, aber nicht das moralische und politische Urteil über ihn.“

Ludendorff müßte ein Esel sein, wenn er nicht dankend die Feststellung des „Vorwärts“, daß seine „rechtliche Lage“ einwandfrei sei, quittieren würde.

Und ein noch größerer Esel müßte er sein, wenn er sich im übrigen kümmern würde um eine abstrakte moralische „Vorwärts“-Entrüstung.

Für ihn bleibt doch sicher die Hauptsache, daß er weiter, „gewahrt vor dem Zugriff der Regierung“, wirken können „hinter den Kulissen“, aber als „Strategie“ und vor allem in vollster, ihm vom sozialdemokratischen Reichsjustizminister gewährter Freiheit für den nächsten Rechtsputz.

Erneut Auslieferung der Kriegsverbrecher verlangt.

Die Krise, die durch das Aufklingen der Konferenz von Cannes, durch Poincarés Sieg und durch die erneute Bestätigung zwischen England und Frankreich ansetzt und innenpolitisch begann, erfährt eine Verschärfung durch eine Entschleunigung, die von der Kommission in Sachen der Kriegsverbrechenden dem Obersten Rat zur Beschlussfassung vorgelegt worden ist. Sie lautet:

1. Das Reichsgericht in Leipzig hat bis jetzt kein Urteil in neun ihm vorgelegten Fällen über die „Kriegsverbrecher“ gesprochen, davon fünf bei Anwesenheit der französischen Regierung, eines auf Veranlassung der belgischen Regierung und vier auf Veranlassung der britischen Regierung, und eins, das auf Initiative der deutschen Behörden zurückzuführen ist. Die italienische Regierung hat vor einigen Monaten dem Reichsgericht ihre Äußerungen über verschiedene andere Fälle übermittelt. Es kann daher keine tieferen Fälle zur Verhandlung kommen.

fahren vor dem Reichsgericht in Leipzig anbetreff, so geht die übereinstimmende Ansicht der Kommission dahin, daß das Gericht mit ganz geringen Ausnahmen insofern keinerlei Genugtuung gegeben habe, als es nicht genügende Bemühungen zur Aufdeckung der Wahrheit unternommen habe. Was die Urteile des Reichsgerichts selbst angeht, so geht die einstimmige Ansicht der Kommission dahin, daß in fast allen Fällen das Reichsgericht keine Genugtuung gab insofern, als einzelne Angeklagte freigesprochen wurden, während sie hätten verurteilt werden müssen, und daß selbst in den Fällen, in denen die Angeklagten für schuldig befunden wurden, die ausgesprochene Strafe nicht genügend war.

2. Die einstimmige Ansicht der Kommission geht dahin, daß man zu keinem zweckmäßigen Resultat gelangen kann, wenn weitere Fälle dem Reichsgericht in Leipzig unterbreitet werden. Infolgedessen ist die Kommission einstimmig der Ansicht, daß von nun an der Text des Artikels 228 des Vertrages von Versailles in Übereinstimmung mit der alliierten Note vom 7. Mai 1920 lester Abjäh in Kraft gesetzt und daß die deutsche Regierung aufgefordert werden muß, die Angeklagten den alliierten Mächten zu ihrer Aburteilung auszuliefern.

Das Proletariat Deutschlands, das stets sich seiner internationalen proletarischen Pflicht bewußt sein soll, hat kein Interesse daran, daß die deutschen kapitalistischen Kriegsverbrecher vor den Gerichtshof englischer oder französischer kapitalistischer Kriegsverbrecher gezerrt werden. Nicht nur werden wieder einmal durch diese Methode alle nationalistischen Raubtierinstinkte zum Schaden des revolutionären Proletariats geweckt, sondern es werden auch von neuem die Gefahren kriegerischer Verwicklungen heraufbeschworen, deren leidtragender Teil stets und immer nur die werktätige Bevölkerung ist.

Erst dann wird die Bestrafung der Kriegsverbrecher hier wie dort ein Werk wirklich ausgleichender Gerechtigkeit sein können, wenn die Revolutions-Tribunale des internationalen gestunten Proletariats die Massenmörder aus dem Weltkrieg belangt. Die halbe Revolution vom 9. November 1918 beließ die Kriegsverbrecher allesamt nicht nur straflos, sondern vielfach sogar in Ehren und Würden. Und das erst die Ententekapitalisten, die natürlich um kein Haar besser sind als ihre deutschen Gestimmungsgenossen, kommen müssen, um die Bestrafung der Kriegsverbrecher zu verlangen, ist wahrhaftig kein ehrendes Zeugnis für das Proletariat Deutschlands.

Aber soll man sich wundern: Ein Ludendorff wird ja sogar trotz seiner Beteiligung am Rapp-Fußsch vom sozialdemokratischen Reichsjustizminister offiziell für unbestrafbar erklärt — da soll von einer Bestrafung Ludendorffs wegen des Massenmordes während des Krieges die Rede sein?!

Nur die proletarische Revolution und mit ihr das Revolutionstribunal wird hier nach dem Rechten sehen können!

## Der Parteitag des Schweigens.

Nach dem U.S.P.-Parteitag.

P. B. Die augenblickliche Konstellation der deutschen Arbeiterbewegung und das labile Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat sind für eine Partei der revolutionären Phrasen und der opportunistischen Parteien ein Gottesgeschick. Zwei Seelen ringen heute in unseren Arbeitern um die Vorkherrschaft. Vange Zweifel an einer neuen revolutionären Bewegung ist die eine. Wenig Glauben an den Erfolg reformistischer Politik die andere. Die Furcht vor dem festen Entschluß nach der revolutionären oder nach der reformistischen Seite herrscht diese Partei. Der Parteitag der U.S.P., der vom 8. — 12. Januar in Leipzig tagte, zeichnete sich vor allem durch diese Furcht vor der Konsequenz aus. Es ist eine alte Erfahrung, daß man die U.S.P. nie nach ihren Reden und Programmen, sondern nach ihrer praktischen Politik beurteilen muß. Es besteht jedoch bei keiner Partei zwischen der Phrase und der Praxis eine so schreiende Distanz, wie bei der U.S.P. Jede Frage, die auf dem Parteitag berührt wurde, hat diesen Widerspruch kräftig unterstrichen.

Will man das negative Ergebnis des Leipziger Parteitages in vollem Umfange verstehen, dann muß vor allem noch ein in Betracht gezogen werden. Das Stoden der revolutionären Bewegung hat eine tiefgehende geistige Umorientierung breiter Arbeiterschichten im Gefolge. Die Arbeiterklasse kann augenblicklich keine kontinuierlich aufsteigende revolutionäre Politik gegen die Bourgeoisie durchsetzen. Sie muß manövrieren. Und es zeigt sich dabei, daß alle Formationen werden, daß die Andern ihre Geschlossenheit einbüßen. In allen Arbeiterparteien gibt es Richtungskämpfe. Selbst in der SPD ist seit Wörlitz das Wort „Opposition“ wieder offiziell geworden. Die U.S.P. die ihrem Parteitag im gewissen Sinne das Fazit aus den verflochtenen Beziehungen der verschiedenen Parteien zu ziehen hatte, ist nunmehr in eine



zu wirken vermochte, wenn sie innerhalb der Verschiebung im Proletariat einen festen massiven Einigungsblock vordrängte. Ihr kamen dabei zu statten die Kämpfe in der SPD. gegen das Zusammengehen mit der deutschen Volkspartei und die Kämpfe, die in der SPD. gegen die KPD. geführt werden. Insbesondere die Zersplitterungsabsichten der Friesland, Braß und Malzahn in der SPD. veranlaßten die unabhängige Partei, ihre Parteieinigkeit noch stärker zu unterstreichen. Es kann nicht geleugnet werden, daß den Rechtsunabhängigen ihre Kampfstellung gegen die Kommunisten durch die Vorgänge innerhalb unserer eigenen Partei in den letzten Wochen bedeutend erleichtert wurde. Wenn es Hilferding und Dittmann so leicht geworden ist, den konkreten Fragen auszuweichen und an die Stelle politischer Bekenntnisse revolutionäre Phrasen zu setzen, so ist dies nicht zuletzt das Verdienst der KPD. Dieses muß man festhalten, um verstehen zu können, daß die Regie des Parteitag mit so großem Erfolg „Einmütigkeit in allen Fragen“ erzielen konnte.

Die Linke, die ja tatsächlich trotz allen Reugnens in der USPD. vorhanden ist, wurde durch Kompromisse zurückgehalten, es war vereinbart, im Plenum des Parteitages keine scharfen Angriffe weder von der Rechten noch von der Linken zu unternehmen. Die Linke erreichte die Abfertigung des Hilferding'schen Referats über Finanz- und Steuerpolitik, während die Rechte einen dritten Vorsitzenden bekam in der Person Dittmanns, sodaß jetzt das Triumvirat Crispian-Debour und Dittmann an der Spitze der USPD. steht. Weder Dittmann im politischen Bericht der Zentrale, noch heute in seinem Bericht über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion schälten die brennenden praktisch-politischen Fragen klar heraus. Sie verhanden es meisterhaft, so insbesondere Henke, alle Klippen (Umsätze) zu umschiffen. Ledebour war in seinem Referat über die Arbeit der Programmkommission nur in einem Punkte positiv. Im Kampfe gegen die Kommunisten und den Terror. Sonst bewegte er sich durchaus im Rahmen einer liberalen Frei denkerrede. Ebenso ängstlich war die Diskussion bemüht, keine positive Kritik an der praktischen Politik der Partei zu üben. Alle beauscherten sich an der Ablehnung der Koalitionspolitik. Keiner forderte die nunmehr einzig mögliche Konsequenz: scharfe Oppositionsstellung zum Kabinett Bittl, Zurückziehung des Vertrauensvotums. Alle verlangten als Voraussetzung für die Einigung mit der SPD. die Preisgabe der Koalitionspolitik durch die SPD. Kein Redner jedoch forderte von der SPD. den Austritt aus der Regierung und Oppositionsstellung zur Regierung. Jeder setzte sich für die Durchführung der 10 Punkte des ADGB. ein, für die Erfassung der Sachwerte. Aber einer stand auf und forderte die Lösung der Arbeitsgemeinschaft des ADGB. mit dem Kapital, die Zurückziehung der Vertreter des ADGB. aus der Regierung, um freies Feld für einen würtlichen ernstlichen Kampf für diese Forderungen zu schaffen. So bewegte sich dieser Parteitag von Anfang bis zu Ende in einem unfruchtbaren Zirkel. Nach rechts ließ sich der Parteitag für alle Fälle offene Türen — nach links grenzte er sich scharf gegen die Kommunisten ab (trotz aller löwischen Reden über die Brüder von übermorgen). Er wagte sich noch nicht einmal, sein Verhältnis zur KPD. klarzustellen. Obwohl auf dem Parteitag die Klüften Lewis reichlich umhergeschwirrt, und auch Mittelwässer wie Kunze, Renschel und Ruch-Verlin anwesend waren. Ursprünglich bestand die Absicht, am Donnerstag nachmittag vor dem Schluß den Kniefall der Defektoren von gestern über die Bretter gehen zu lassen. Da Lewi jedoch inzwischen Bandschmerzen bekommen hatte, wurde das Zwischenstück abgesetzt und auf einen späteren Termin verschoben. Im allgemeinen trat aus den Diskussionen zutage, daß die über Bord gegangenen KPD.isten wenig Sympathien genießen, besonders deshalb, weil sie nichts darstellen. Und der USPD. hat bisher immer nur die Macht imponiert. Sie hat sich immer nur gebüht, wenn sie Zapfen über Nachschläge bekam.

Nur in einem war der Parteitag wirklich positiv, so wohl in der Qualität wie in der Quantität. Und das ist der Kampf gegen die Kommunisten resp. gegen Sowjet-Rußland. Hier übten sich alle Schläger und mit Entsetzen schaute man in einen Abgrund des Hasses und des Fanatismus. Das Auftreten der Herren Abramowitsch, der französischen Schandmänner Gumbach und Rensandel ist schon an anderer Stelle genügend gewürdigt worden. Es genügt, hier darauf hinzuweisen, welche erhebliche Rolle die Unabhängige Partei gespielt hat, indem sie diesen Kriegsozialisten auf ihrem Parteitag ein Forum gab. Der Zweck heiligt jedoch die Mittel und dieser Parteitag sollte ja in internationalen Sinne eine Demonstration für die Wiener Arbeitsgemeinschaft sein.

Der Leipziger Parteitag ist weder Ausgangspunkt einer revolutionären Forderung der Arbeiterbewegung, noch hat er eine klare Perspektive für die weitere Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung aufgewiesen. Er hat nur den Willen einer Partei zu zeigen und die Organisationsmaßnahmen. Und dieser Punkt organisatorische Maßnahme war das Besondere. Nebenbei und flüchtig werden zweifellos die Delegierten mit dem Land konstatieren, was die Partei zu tun hat. Doch alle Diskussionen gerieten in Stau, wenn die innere Klarheit und der feste revolutionäre Wille erlosch. Die aber sind nicht vorhanden. Die USPD. lebt von der Selbsttäuschung und von der Füge über das Leben ihrer eigenen Partei. Die besten Entschlossen der Weltlichkeit werden diesem Lager tief sitzen zu haben werden.

**Der Parteitag der Mittelmäßigkeit.**  
Unter diesem Titel spricht die demagogische „Röfliche Zeitung“:

Der Parteitag der USPD. hat weniger Interesse aufgeweckt, als die Leipziger Parteitag, als manche andere Tagung seiner Art. Das lag nicht bloß an der Zeit, in die er fiel und die mit hochgradiger Aufmerksamkeit der Parteimitglieder und internationalen Spannung gegen sich geladen war,

es lag auch an der Haltung der Versammlung selbst. Das Manifest, das sie beschloß, hat, ist stattdessen im Umfang, aber uninteressant im Inhalt und fast akademisch in der Stilisierung. Der Titel legt den Vergleich nahe mit dem historischen „Kommunistischen Manifest“ und soll es wohl auch, aber was Neubeit der Ideen, Frische und Glanz angeht, fällt der Vergleich für die modernisierte Nachahmung recht ungünstig aus. Es ist kein nennenswerter Fortschritt zu begrüßen in der Entwicklung zu einer positiven Politik, aber auch keine empfindliche Radikalisierung nach der anderen Seite zu beklagen. Alles bleibt in der Schwebe, in einem labilen Gleichgewicht, das sorgfältig abzuwägen ist.

Auch die Beratungen brachten so gut wie nichts Neues und kaum etwas Aufregendes.  
Man hat den Eindruck: diese Leute machen keine Diktatur. Sie lieben zwar die radikale Redensart, stecken aber auch hier in Widersprüchen. So sind sie sich z. B. selber klar, daß nur ein gemeinsames Proletariat die Diktatur erringen könnte, die Einigung aber wollen sie ja nicht mit allen Mitteln fördern, also auch nicht die Diktatur. Kurzum, die Unabhängigen sind die Partei Juste milieu (der flauen Mittelmäßigkeit) innerhalb des Sozialismus.

Wie in der bürgerlichen Presse, so hat auch in den unabhängigen und rechtssozialistischen Parteiblättern die Leipziger Tagung keine überragende Beachtung gefunden. Erwähnt sei hier nur ein Artikel des Chefredakteurs der „Leipziger Volkszeitung“, Hans Bloch, der Seite an Seite mit Hilferding dem rechten Flügel der Unabhängigen Nachdruck zu verleihen sucht. Er begeistert sich für die kapitalistische Wiederaufbaupolitik, die zu dem „Triumph“ Cannes geführt hat. Die Unabhängigen pflegen stets die ärgsten Fehlschlüsse der Reichs- und Hilferding'schen „Weltpolitik“ als ihre größten Erfolge anzupreisen. Die „Einigung“ des Proletariats will Hans Bloch nach berühmten antibolschewistischen Vorbildern unter Ausschluß der Kommunisten verstanden wissen. Der bevorstehende Bezug der KPD. ins unabhängige Lager bereitet ihm solches Unbehagen, daß er deutlich abminkt. Und in der Steuerfrage findet dieser „tapfere“ USPD.-Mann den Mut, von hinten herum für die Bewilligung neuer indirekter Steuern einzutreten, die gar nicht so schlimm seien wie die ständige Vermehrung des Papiergeldes. Also auch vermehrte „indirekte“ Kosten sollen ruhig hingenommen werden. Wie lange wollen sich die Arbeitermassen den Verrat proletarischer Klasseninteressen durch nachhafte Führer gefallen lassen?

## Politische Übersicht.

### Das Brot um 75 Prozent teurer!

Die Regierung hat beschlossen, die Abgabepreise der Reichsgetreidestelle für Mehl und Getreide mit Wirkung vom 16. Februar ab zu erhöhen. Nach dem Entschluß ist sie gezwungen, die Reichszuschüsse für Brot abzuschaffen. Der Preis für ein Brot von 1000 Gramm, der bisher 8 M. betrug, wird demzufolge 14 M. betragen. Wenn auch betont wird, daß hiermit keine neue Lebensgabe für die Winter verbunden ist, steht doch fest, daß die Preise für maulwurfsfreie Vorkamern bedeutend steigen werden. — Wir werden morgen näher hierauf eingehen.

### Poincaré's Programm.

#### Allianz mit England. Verschärfte Kontrolle über Deutschland. — Jogh französischer Kriegsminister.

Aus Paris wird gemeldet: Poincaré's Bemühungen zur Bildung eines Kabinetts stoßen auf Schwierigkeiten. Die Radikalsozialisten haben beschlossen, den an sie ergangenen Ruf, zwei Mitglieder der Partei ins neue Kabinett zu entsenden, abzulehnen. Sie betonen zwar, daß die Ablehnung keine Kampfanzeige gegen Poincaré bedeute, doch ist zu erwarten, daß diese Gruppe, die über mehr als 80 Sitze der Kammer verfügt, in die Opposition gehen wird. Die französische Politik wird den Wunsch nach einer Allianz mit England in den Vordergrund stellen und Deutschland gegenüber als nächstes Ziel eine verschärfte Kontrolle der Finanzen und Wirtschaft anstreben.

Poincaré hat dem Marschall Jogh das Portefeuille des Kriegsministers angeboten. Jogh ist unter Umständen bereit, anzunehmen, will aber erst die endgültige Zusammensetzung der Kabinettsliste abwarten.

### Aufgedeckte Mörderorganisation.

Unter Düsselborfer Parteiblatt, die „Freiheit“, die kürzlich Notizen über die Geheimorganisation Central veröffentlichte und dann von dem rechtssozialistischen Regierungsrat Grüner für einige Tage verboten wurde, bringt jetzt wieder unüberlegliche Beweise von dem Bestehen rechtsgerichteter Geheimorganisationen, die in ganz Deutschland, insbesondere auch in Schlesien heute noch bestehen.

Die Dokumente, welche die Düsselborfer „Freiheit“ veröffentlicht hat, beziehen sich auf den kommunistischen Chiffrirenklub, der in Dresden, dem Stab und einem Mobilisationszettelblatt der Organisation Central, den Chiffrirenklub abgedruckt, steht aus der Kassa. Wir werden hierüber aber das übrige Material:

### Die Chiffriren.

#### Stütz verständig!

Ich erlaube mir zu erklären, daß ich bester Abkunft bin. Ich beziehe mich ehrenvoll auf meine Handlung, mich den Gesetzen zu unterwerfen und danach zu handeln. Ich gelte, dem obersten Leiter der Organisation unabhängigen Gehör zu leisten; bezüglich auch meinen Sorgen, über alle Angelegenheiten der Organisation strengsten Stillschweigens zu bewahren, auch nach meinem Tode.

### Ziele der Organisation.

- a) Geistige Ziele:
  1. Bekämpfung und Bekämpfung des nationalen Chauvinismus.
  2. Bekämpfung aller antinationalen und internationalen Forderungen.
  3. Bekämpfung des Judentums, der Sozialdemokratie und der internationalen Parteien.
  4. Bekämpfung der antinationalen Sozialisten Bekämpfung in Deutschland und Europa. Bekämpfung aller Forderungen über diese Bekämpfung.
  5. Bekämpfung einer für Deutschland allein möglichen Bekämpfung auf jeder anderen Grundlage.
- b) Materielle Ziele:
  1. Ermöglichung der einheitlichen nationalen Interessen zu dem Zweck, die vollständige Abschaffung der Sozialdemokratie zu bewirken.
  2. Die größtmögliche Interessen der Nation durch Bekämpfung zu ergreifen.

3. Durch Einsetzung einer nationalen Regierung die Wiederkehr der heutigen Verhältnisse unmöglich zu machen.
4. Dem Volke eine Wehrmacht und die Bewaffnung so weit als möglich zu erhalten.

Die Organisation ist eine Geheimorganisation. Sie verpflichtet die Mitglieder untereinander ein Schutz- und Trutzbündnis zu schließen, wodurch jeder Angehörige der Organisation der weitgehendsten Hilfe aller anderen Mitglieder sicher sein kann. Die Mitglieder verpflichten sich ein Machtfaktor zu sein, geschlossen eine starke Einheit zu bilden, wenn die Not und Ehre des deutschen Vaterlandes und die Errettung unserer Ziele es erfordert. Zudem, wie überhaupt jeder fremdenfremde Mann ist vor der Aufnahme in die Organisation ausgeschlossen. Die Mitgliedschaft erlischt: a) durch den Tod, b) durch Ausscheiden infolge unehrenhafter Handlungen, c) infolge Ungehorsam gegen den Vorgesetzten, d) freiwilligen Austritt. Alle Leute, die unter b und c, sowie alle Verräter verfallen der Feme.

Für die Richtigkeit der Abschrift

Düsseldorf, den 25. November 1921.

Bögelin, Adjutant D. U., Düsseldorf.

### Die Mobilisationsordere.

Düsseldorf, den 11. August 1921.

### Wertblatt der Organisation.

Für den Fall eines Abtritts müssen folgende Sachen von jedem Mann der Organisation unter allen Umständen mitgenommen werden:

1. Kausch oder Tornister, darin Handtuch, Seife, 1 mal Wäsche zum Wechseln, Schnaps, Eßbesteck, nicht aus Porzellan und für zwei bis drei Tage Nahrungsvorräte. Derbe Stiefel, möglichst mit Leder- oder Wildledersohlen, alte Uniform oder Sportanzug.
2. Bei Hochwasser empfiehlt sich außerdem noch Koppel mit Trinkbecher, Feldflasche und Brotbeutel.
3. Fahrt Düsseldorf bis Breslau kostet 3. Klasse D-Bug M. 188.
4. Strecke:
  - a) Duisburg — Hamm — Hannover — Berlin — Neppen — Wollau — Pignitz — (oder Sommerfeld) Breslau;
  - b) Elberfeld. — Soest — oder Arnberg — Magdeburg — Breslau.
5. Für Gruppensführer Trinkerspeise erwünscht.

Bögelin, Adjutant.

Man sieht, daß es sich um wohlvorbereitete, gut organisierte Banden handelt, zu dem ausschließlichen Zweck, die Arbeiterschaft niederzuknüppeln. Sache der gesamten Arbeiterschaft ist es, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, denn die Regierung, Justiz und Polizei werden niemals diese Organisationen ernsthaft bekämpfen.

### Todesurteil gegen streikende Arbeiter.

Belgrad, 355 Bergarbeiter haben sich vor dem Gericht in Lusa wegen der Verhinderung der Proklamierung des Bergarbeiterstreiks am 21. November 1920 und wegen Vorbereitung des Staatssturzes zu verantworten. Gegen 30 Angeklagte wurde die Todesstrafe beantragt. Die „Wiener Arbeiterzeitung“ wendet sich in einem Artikel scharf gegen diese Methode der Rechtsprechung, die nur noch mit „Weißer Schrecken“ bezeichnet werden kann.

## Schlesische Rundschau.

### Frauenversammlung in Reichenbach.

Die Ortsgruppe Reichenbach der SPD. hatte für Mittwoch, den 11. Januar 1922, nachm. 3 Uhr, eine öffentliche Frauenversammlung einberufen, mit der Tagesordnung: Was steht den Proletarierfrauen bevor! Circa 400 Personen, meistens Frauen füllten den Saal. Genossin Reichert führte das Referat vortrefflich aus und zeigte den Frauen an Hand von Beispielen, daß sie nur eine bessere Lebenslage erzielen können, wenn sie mit allen Mitteln das bestehende kapitalistische Wirtschaftssystem beizugehen helfen. Zu einem kleinen Zwischenfall kam es, als die Genossin Reichert auf die hundertprozentige Erhöhung der Gehälter der Geistlichen hinwies, während auf der anderen Seite die Regierung für das Gebammen-Gesetz nichts übrig hatte. Fünf Frauen verließen demonstrativ den Saal. Genossin Reichert gab ihnen ein paar kräftige Worte mit auf den Weg, worauf die anderen riefen, recht so, weiter so sprechen! Die Referentin konnte in eineinhalbstündiger Zeit zu den Proletarierfrauen sprechen, was sehr bezeichnend ist, da es jetzt bei der kalten Temperatur nicht angenehm ist, ein paar Stunden in einem kalten Saal ruhig zu sitzen. In der Pause wurden über 100 kleine Schriften verkauft, welche Genossin Reichert mitgebracht hatte.

In der Diskussion sprach Frau Emma Ritsche von der SPD. Sie führte an, daß die Genossin Reichert recht hätte, aber nicht in allen Punkten. Die Wohlfahrtsvereinigungen der Volkshemmi, welche wir hier in Deutschland nicht haben, meinte sie, wären doch schon in Ostschlesien, wo die SPD. die Mehrheit habe, vertreten. Nur konnte sie nicht sagen, wo und was das für Ostschlesien sind. Ferner wies sie darauf hin, daß sie doch nicht die Mehrheit hätten und die Schuld daran trügen die Kommunisten, die nicht mit in die Regierung gegangen sind. Die Kommunisten hätten sich auch schon wieder in zwei bis drei Parteien gespalten. Da weitere Wortmeldungen nicht vorlagen, erhielt Genossin Reichert das Schlusswort. Sie wies der Gegenwart nach, das es unmöglich ist, in eine Regierung einzutreten, die sich nur auf parlamentarische Mittel beschränkt. Die SPD. wird die Regierungspolitik gutheißen, sobald sie im Interesse der Arbeiterschaft geführt wird, sie wird aber Gegner jeder Regierung sein, die nur dem Kapital dienbar ist. Die Partei werde durch die Spaltung nicht geschwächt, sondern gestärkt, da diejenigen Elemente, welche nicht im vollsten Sinne Kommunisten sind, von der Partei ausgeschlossen werden. Wenn die SPD. imstande wäre, die Proletarier-Schlächter Kasse, Hörsing, und Konsorten aus ihren Reihen zu entfernen, dann wäre auch das Proletariat vereint. Es ist jedoch ein Unding eine Einheitsfront mit Kasse und Konsorten herzustellen, mit diesen Hünen können Kommunisten nicht zusammenarbeiten. Nachdem der Versammlungsleiter auf eine Zellerversammlung zur Deutung der Unkosten hingewiesen hatte, wurde die Versammlung geschlossen. Die Zellerversammlung ergab 4120 M. Trotzdem das Proletariat in Reichenbach im Streit steht, die Streikunterstützung ziemlich gemessen ist und die Frauen besonders sparsam mit dem Gelde umgehen müssen, haben sie trotzdem noch ein paar Pfennige zusammen bekommen. Das ist ein erfreuliches Zeichen und zeigt, daß die ganze Hebe der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse mangelhaft war.

### Neuhaus die Grillenstift Herrnpottsch.

Wie mitgeteilt wird, hat die Staatsanwaltschaft gegen das Urteil der zweiten Strafkammer gegen Genossen Reubert wegen des Kräftes über die Grillenstift Herrnpottsch Berufung eingelegt. Das Urteil lautete bekanntlich auf Einstellung des Verfahrens. Was soll es nicht sein, wenn die damaligen Zustände, die wir schon die eine Fingerganglage bei der Gerichtsverhandlung zeigt, wirklich alles andere als in der Ordnung waren, durch eine nachträgliche Verhandlung angebrochen werden. Wir werden das nächste Mal noch mehr Fingergänge bringen, die uns durch Justizstellen mitteilen, daß wir nicht taten mit diesen Veröffentlichungen und daß durch unsere Kritik in der Vergangenheit und Befähigung der Angeklagten und inwieweit Angeklagten eine ganz wesentliche Besserung herbeiführen wird.



# Wer soll die Sachwerte erfassen? Kommissionen der Gewerkschaftsbürokratie oder die kampfbereite Arbeiterschaft?

Diese Frage behandelt Wen. Gentsch morgen abend 7 Uhr im Zentralballsaal in öffentlicher Versammlung.

## Aus der Partei.

### An unsere Ortsgruppen!

Trotzdem auf der Parteikonferenz in Nieder-Salzbrunn am Januar die monatliche Berichterstattung der Ortsgruppen vor- und die Bezirksleitung als dringend notwendig anerkannt wurde und die Vorsitzenden sich zur prompten Erledigung dieser Organisationsarbeit verpflichteten, fehlen immer noch eine große Anzahl von Ortsgruppen, die noch nicht den gefälligen Dezemberfragebogen an uns eingeschickt haben. Der Fragebogen ist für die gesamte Organisationsarbeit überaus wichtig und erreicht nur dann, wenn er zur angelegten Frist eingeschickt wird. Obwohl die zweite Hälfte des Januar bereits begonnen hat, müssen wir immer noch auf eine große Anzahl von Fragebögen warten. Die damit verbundene Arbeit ist so gering, daß keinerlei Entschuldigungen vorgebracht werden können. Wir lassen hier eine Liste derjenigen Ortsgruppen folgen, welche den Dezemberfragebogen noch nicht an uns eingeschickt haben:

Unterbezirk Breslau: Breslau, Stabelwitz, Bries, Düren, Jürgensdorf, Neumarkt.  
Unterbezirk Waldenburg: Waldenburg, Weißstein, Nieder-Salzbrunn, Ober-Salzbrunn, Lehmbach, Friedland, Schweidnitz, Reiburg, Königszell, Striegau, Volkshain, Bandeshut, Köthen, Liebau, Schwarzwaldbau, Neuvode, Reisse, Neustadt, Reichenbach, Peterswaldbau, Langenbielau, Weigelsdorf, Hirschberg, Schmiedeberg, Petersdorf, Steinreisen, Warmbrunn, Arnsdorf.  
Unterbezirk Liegnitz: Steinau, Köpenau, Goldberg, Weibsdorf, Karlsissa, Bunzlau, Kittlitzleben.

Alle Säumnigen werden eruchtet, ohne weitere Verzögerung in den Besitz der Fragebogen zu bringen.

Die Bezirksleitung KPD. Schlesien.

### „Die Internationale“.

#### Rosa Luxemburg- u. Karl Liebknecht-Gedächtnisheft.

Heft 4 der „Internationalen“ ist soeben als Rosa Luxemburg- und Karl Liebknecht-Gedächtnisheft erschienen. Es bringt ein Heftchen mit Bildern von Liebknecht und Luxemburg. Außerdem enthält es:

U. Friedrich, Cannes. — H. Neumann, Der Parteitag der russischen Kommunisten. — H. Thalheimer, Theorie und Praxis des Liquidatorientums (3 Artikel). — Wittner, Beamtenfragen. — Ludwig, Die Wandlungen des deutschen Außenhandels. Ferner Bücherbesprechungen, u. a. eine Besprechung der „Nachgelassenen Schriften“ Karl Liebknechts.

Diese Nummer ist ganz besonders zu Propagandazwecken geeignet. Die Genossen werden aufgefordert, sich erneut energisch für die Verbreitung dieser Zeitschrift einzusetzen.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Parteioorganisationen oder direkt durch „Bina“ (Vereinigung internationaler Verlagsanstalten, Berlin E.W. 61, Büchlerplatz 2).

## Gewerkschaftsbewegung.

### 35 000 Uhrenarbeiter im Streik.

Seit gestern ruht im Schwarzwälder Uhrengebiet die Arbeit. In allen Orten der Uhrenindustrie hat der Streik eingesetzt. Dieser Kampf ist von einem rücksichtslosen Unternehmertum, das nicht einmal bereit war, die Schiedssprüche der Schlichtungsausschüsse anzuerkennen und die Verhandlungen vor dem Arbeitsministerium zum Scheitern brachte, heraufbeschworen. In der vorigen Woche richteten alle, organisierte und unorganisierte, Uhrenarbeiter mit steter Geschlossenheit und Kampfstimmung, die Kündigung ein.

Nach Ablauf der Kündigungsfrist befinden sich nun seit gestern insgesamt 35 000 Arbeiter in der Uhrenindustrie im Kampf. Der Streik hat sich ausgedehnt auf die Orte Schwennigen, Willingen, Schramberg, Erberg, St. Georgen und Furtwangen.

Die Schwarzwälder Uhrenarbeiter haben in glänzender Einmütigkeit am 5. Januar ihre Kündigung eingereicht. 98 Prozent aller Beschäftigten stimmten für Streik. Obwohl der Unternehmer am 9. Januar bei erneuter Verhandlung ein Angebot von 15 auf 18 Prozent für Stundenlöhne und von 12 1/2 auf 15 Prozent für Akkordarbeiter erhöhte, lehnte die am 10. Januar in Rotweil tagende Funktionärskonferenz

aller am Kollektivabkommen der Uhrenindustrie beteiligten Verbände dieses Angebot ab.

Daß die Durchführung der Lohnerhöhung auf Grund des Rotweiler Schiedsspruchs sehr wohl möglich ist, wird dadurch bewiesen, daß eine Reihe größerer Firmen mit über 1100 Arbeitern diese neuen Löhne schon zahlen. Eine schematische prozentuale Lohnerhöhung widerspricht auch dem Grundsatz der sozialen Entlohnung, den die Unternehmer so oft betonen.

## Die Hilfe erreicht die Hungernden!

(Aus Nr. 10 der „Information“ des Ratten-Komitees, S. 4)

Miß Haines, Delegierte der „Gesellschaft der Freunde“ (Quäter), schreibt aus Buzuluk, Bez. Samara:

Wir wissen, wer die Lebensmittel erhält, die wir senden. Die Waggons werden in Neval und Riga verriegelt, und werden uns mit unversehrtem Siegel abgeliefert. In Moskau werden sie in Gegenwart von acht Zeugen geöffnet.

Wir prüfen die Waren nach und deponieren sie in unseren Lagerräumen; diese selbst gehören natürlich der russischen Regierung, aber wir haben die Schlüssel dazu. Unser Geschäftsführer ist ein Engländer. — Wir haben unsere eigenen Automobile für uns, um die Lebensmittel direkt an die vertriebenen Anstalten zu verteilen, wo die Sendungen bei Eintreffen nochmals überprüft werden.

Dr. Ransen sandte seinerseits aus Moskau am 14. Dezember 1921 folgendes Radio:

Der Schwedische Zug ist mit seiner Ladung ohne jeden Verlust in Samara angekommen.

Alle Erfahrungen, die der „Rettet die Kinder“-Fonds, die Quäter und die amerikanische Hilfsverwaltung (Hoover) auf dem Gebiet der Eisenbahntransporte gemacht haben, sind sehr zufriedenstellend und die auf dem Durchtransport vorliegenden Verluste sind völlig unbedeutend. Aber infolge des massenhaften Pferdesterbens können beim Transport von den Eisenstationen in die Dörfer sich bald ernsthaft Schwierigkeiten einstellen.

Die Hauptsache: daß so rasch wie möglich Lebensmittel abgehandelt werden, damit die noch vorhandenen Transportmittel ausgenutzt werden können. — Jede Tonne Lebensmittel von Hilfsorganisationen, die (in Riga oder einem anderen Hafen) eintreffen, erreicht mit Sicherheit ihren Bestimmungsort im Hungergebiet. Persönlich habe ich an Ort und Stelle nachgeprüft, daß nur die Opfer der Hungersnot all die Lebensmittel erhalten, die von ausländischen Hilfsorganisationen nach Rußland entsandt werden.

Den Unternehmern, die durch Valutagewinne übermütig geworden sind, kommt es darauf an, ein Exempel zu statuieren. Vor allem wollen sie die Betriebsräte und Vertrauensleute hinaus haben. Die geschlossen und mit voller Ueberzeugung in den Kampf getretenen Uhrenarbeiter werden aber alle Versuche der Unternehmer, die Front zu zerschneiden, vernichten.

Ihre Forderung bleibt, entsprechend dem Rotweiler Schiedsspruch: eine Teuerungszulage von 30 Prozent.

Die Uhrenarbeiter von Freiburg in Schles., die vor kurzem sich geschlossen neben ihre Kollegen im Schwarzwald stellten, sind bis zur Stunde noch nicht in den Streik getreten. Wir zweifeln nicht daran, daß sie ihr durch fast einmütige Kündigung gegebenes Wort einlösen.

### Maßregelung bei der Eisenbahn.

Die Geheimräte des Herrn Groener pfeifen auf alle Abmachungen, die ihr Chef getroffen hat. Trotzdem im März 6 des Silberabkommens ausdrücklich jede Maßregelung verboten ist, arbeiten die Schachmacher vor, um bei den geplanten Massen-

entlassungen gerade die Arbeiter und Beamten zu treffen, die sich am aktivsten für die Interessen ihrer Kollegen eingesetzt haben.

Die Eisenbahn Breslau verwendet folgenden Telegrammbrief:

Breslau, den 7. Januar 1922.

### 1. Telegrammbrief.

An alle Dienststellen, Vemter, Direktionsbüros,

die Hauptkasse, Verkehrskontrolle I und II.

Um einen Ueberblick zu gewinnen, in welchem Umfang und in welcher Weise sich (planmäßige und außerplanmäßige) Beamte in dem jetzt beendigten Streik beteiligt haben, ist von sämtlichen Dienststellen sofort eine Nachweisung unter Benützung des untenstehenden Musters aufzustellen und an das vorgelegte Amt einzuliefern. In einer zweiten Nachweisung sind die am Streik beteiligten Beamten namentlich mit Angabe der Zahl der Streiktage oder Teilen von Tagen aufzuführen.

Die Vemter prüfen und stellen die Angaben der Dienststellen zusammen und senden die Zusammenstellung mit den von den Dienststellen gelieferten Unterlagen bestimmt bis zum 13. d. M. an unser Personalbüro — P. 24 a. — ein. Diese Frist darf unter keinen Umständen überschritten werden.

Fehlanzeige erforderlich.

G. D. W. — 3. P. 24 a/2. ges. Bzgl.

Dienststelle	Zahl der Beamten, die gestreikt haben (Jede Beamtenklasse eine besondere Zeile)	Welcher Beamtenklasse gehören die Beamten an?	In welcher Weise haben sich die Beamten am Streik beteiligt? (Fernbleiben vom Dienst ohne jede Meldung, Beteiligung am Streikpostenstreifen, gewalttätige Eingriffe in den Betrieb, Verkehr und in die Verwaltung) oder wie sonst?
--------------	---	---	--

Breslau, Essen, Elberfeld. Da darf Breslau nicht fehlen. Der Deutsche Eisenbahner-Verband, die gesamten Arbeiter und Beamten werden alles daran setzen, um den schachmacherschen Gelüsten der Geheimräte einen Riegel vorzuschieben.

## Kommunistischer Erfolg beim Waldenburger MW.

Am Dienstag, den 10. Januar 1922, fand im „Eckstein“ die ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt, die gut besucht war. Nach Verlesen des Protokolls von der vorigen Generalversammlung gab Koll. Daßler den Geschäfts- und Koll. Stand der Kassenbericht. Daraus ging hervor, daß das letzte Jahr ausgefüllt war mit Lohnverhandlungen. Die Metallarbeiter waren beteiligt am Bergarbeiterstreik, Porzellanarbeiterstreik und sehen noch im Kampf beim Weberstreik im Sülzgebirge, an dem 93 Kollegen beteiligt sind. Am Schluß seiner Ausführungen mußte Kollege Daßler selbst zugeben, daß, trotz der vielen Verhandlungen eine Besserung in der Lage der Arbeiter nicht eingetreten ist, weil die Teuerung jede Lohnzulage sofort wieder reichlich wettmachte. Die Mitgliederzahl hat auch im verflohenen Jahr weiter zugenommen und betrug am Ende des Jahres rund 5000. Auch der Kassenbericht zeigte gesunde Verhältnisse. In der Diskussion ging Koll. Franz besonders auf die zehn Punkte des MWV ein und bemängelte, daß die Kartelldelegierten niemals einen Bericht über die Tätigkeit des Kartells gegeben haben. Kollege Daßler gab zu, daß es angebracht gewesen sei, einmal einen Bericht zu geben und erklärte, daß das Kartell wegen anderer Arbeiten noch nicht zu den zehn Punkten habe Stellung nehmen können. Koll. Melzer stellte sofort einen Widerspruch fest. Daßler erklärte, das Kartell habe noch nicht zu den zehn Punkten Stellung genommen und der Kartellvorstand habe in einem Schreiben vom 7. Dezember an Melzer geschrieben, dies sei bereits geschehen, wer hat nun recht? In einem häßlichen Streit kam es zwischen Koll. Strudfeld und Daßler. Kollege Daßler verteidigte sich in einer Weise, wie es nicht zum Ruhm der Organisation angebracht ist. Wir wollen diese widerliche persönliche Kampfesweise hier nicht schildern, weil damit der Arbeiterbewegung nicht gedient ist.

Darauf schritt man zur Neuwahl der Ortsverwaltung, nach ziemlich erregter Debatte für und wider wurde Kollege Daßler als erster Bevollmächtigter wiedergewählt. Als zweiter Bevollmächtigter wurde Genosse Melzer gewählt und zu Beisitzern die Kollegen Steinberg, Standke, Dorn, Gottschlich und Rothhaar. Diese Wahl muß noch vom Hauptvorstand bestätigt werden.

## Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.

Uebersetzt von Adolf Heß.

Die Mutter seufzte schwer. Er hatte recht. Sie mußte, daß den Leuten außerhalb der Schenke keine Freuden blühten, daß andere Gemüße als der Schnaps für sie nicht reiften. Trotzdem sagte sie:

„Du mußt aber nicht trinken! Für dich hat der Vater schon genug getrunken... Und mich gerade genug gewöhnt... Wirst du denn mit deiner Mutter kein Mitgefühl haben?“

Als Pawel die traurigen, weichen Worte hörte, dachte er daran, daß die Mutter zu Lebzeiten des Vaters ganz unbemerkt und schweigend im Hause gewaltet und stets die Unruhe und Furcht vor Schlägen gelebt hatte. Pawel hatte in der letzten Zeit ein Zusammentreffen mit dem Vater vermieden, war wenig im Hause gewesen und dadurch der Mutter entfremdet; als er jetzt allmählich wachern würde, blickte er sie unverwandt an.

Sie war groß, etwas gekrümmt, und ihre gedrückte, von langer Arbeit und Schlägen des Gatten ausgekemmte Gestalt bewegte sich launlos, etwas schief vorwärts, als wüßte sie stets, an etwas anzustößen. Ihr breites, wales, von Runzeln durchfurchtes, aufgedunsenes Gesicht wurde von dunklen, unruhig traurigen Augen — wie bei den meisten Frauen in der Vorstadt — erfüllt. Ueber der rechten Braue lief eine tiefe Narbe, die zog die Braue ein wenig in die Höhe und es schien, daß auch ihr rechtes Auge etwas höher sah; das gab ihr einen Ausdruck, als wenn sie stets etwas furchtlos auf etwas horchte. In ihrem blickten, dunklen Haar glänzten graue Strähne; die Reichen schwerer Schläge... Ihr ganzes Wesen war traurig, bemüht... Und über ihren Wangen flossen langsam Tränen.

„Wart' doch, weine nicht!“ bat der Sohn leise. „Sich mir zu trinken.“

„Ich bring' dir Wasser mit Eis...“ Als sie zurückkehrte, war er schon eingeschlafen. Sie blieb einen Augenblick bei ihm stehen und bemühte sich, nicht laut zu atmen. Der Krug in ihrer Hand zitterte und das Eis kullerte leise gegen das Blech. Sie stellte den Krug auf den Tisch, sank vor dem Heiligenbilde auf die Knie und begann still zu beten. Durch die Fensterscheiben drangen die Klänge dunklen, trunkenen Lebens. In der Finsternis und Feuchtigkeit des Herbstabends wimmelte eine Harmonika; jemand sang laut ein Lied; ein anderer schimpfte mit häßlichen, gemeinen Worten, und zänkische, müde Frauenstimmen klangen unruhig dazwischen...

Das Leben in Wlassows kleinem Haus floß seit dem gleichmäßig, aber stiller und ruhiger als früher und anders als sonst in der Vorstadt dahin. Ihr Haus stand am äußersten Ende der Vorstadt neben einem nicht hohen, aber steilem Abhang zum Sumpf. Ein Drittel des Hauses nahm die Küche und ein kleines Zimmer ein, das durch einen leichten, nicht bis zur Decke reichenden Verschlag von ihr abgeteilt war. In diesem kleinen Zimmer schlief die Mutter. Die übrigen zwei Drittel bildeten einen vier-eckigen Raum mit zwei Fenstern, in einer Ecke stand Pawels Bett, in dem Ehrenwinkel der Tisch und zwei Bänke. Ein paar Stühle, eine Waschekommode, darauf ein kleiner Spiegel, ein Kasten mit Zeug, eine Wanduhr und zwei Heiligenbilder in der Ecke bildeten die ganze Einrichtung.

Pawel bemühte sich, wie alle anderen zu leben. Er tat alles, was ein junger Bursche tun muß: kaufte sich eine Harmonika, ein gefärbtes Vorhemd, ein helles Hals-tuch, Galoschen, einen Spazierstock und wurde äußerlich genau so wie alle jungen Burschen seines Alters. Er besuchte Unterhaltungsabende, lernte Quadrille und Polka tanzen, kehrte an Feiertagen betrunken heim und hatte stets infolge des Brautweins Lust zu leiden. Morgens

tat sein Kopf weh, er hatte Sodbrennen, sein Gesicht war blaß, elend.

Einmal fragte ihn die Mutter: „Nun, bist du gestern vergnügt gewesen?“

Er antwortete mürrisch und ärgerlich: „Graues Elend... Alle sind wie Maschinen... Ich will lieber angeln... oder ich kaufe mir eine Flinte.“

Er arbeitete fleißig, ohne Versäumnis und Strafen, war schweigsam und seine großen, wie bei der Mutter blauen Augen blickten unzufrieden drein... Er kaufte sich keine Flinte und ging nicht angeln, wich aber ganz unmerklich von dem breiten Wege, den alle anderen wandelten, ab; besuchte immer seltener die Unterhaltungsabende und kehrte, obgleich er an Feiertagen irgend wohin ging, doch nüchtern heim. Die Mutter beobachtete ihn unmerklich, aber scharf, und sah, daß sein braunes Gesicht immer schmaler wurde, seine Augen immer ernster dreinblickten und seine Lippen sich sonderbar streng zusammenpreßten. Es schien, als sei er stets im stillen auf etwas böse, oder als plage ihn Krankheit. Früher waren Freunde zu ihm gekommen, jetzt, wo sie ihn nicht zu Hause trafen, kamen sie nicht mehr. Die Mutter freute sich darüber, daß ihr Sohn den jungen Fabrikarbeitern nicht ähnlich wurde, als sie aber bemerkte, daß er krampfhaft und hartnäckig von dem dunklen Strom des eintönigen Lebens sich absonderte, erweckte dieser Umstand in ihrem Innern ein unklares Angstgefühl.

Er begann Bücher mitzubringen und versuchte erst, sie zu lesen, und wenn er sie gelesen hatte, verstaubte er sie. Bisweilen schrieb er etwas aus den Büchern auf ein einzelnes Blatt und verstaubte das ebenfalls...

„Du bist wohl krank, Pawluschka?“ fragte sie ihn manchmal.

„Nein, ich bin gesund!“ erwiderte er. „Aber sehr mager geworden!“ meinte sie. (S. 100)



# Jeder neue Anteilschein zur Produktiv-Genossenschaft ist ein Schlag gegen die Reaktion! Das bedenke als Mitglied der A.P.D.

Der Hauptvorstand und Beirat hat in seiner letzten Sitzung die Beiträge erhöht, deshalb machte sich eine Neuverteilung der Beiträge notwendig, dieselben betragen ab 1. Februar zum Gesamtwert in Kl. I 8 M., Kl. II 6 und Klasse III 1,50 Mark. Dem wurde gegen wenige Stimmen zugestimmt.

Koll. Daffler berichtete dann über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss in Breslau. Nach dem Abkommen in Schweidnitz waren infolge der rapid zunehmenden Teuerung weitere Zuschläge vereinbart worden, die ab 1. Dezember 1 M. pro Stunde betragen sollten. Infolge des Fallens des Dollars von 230 auf 190 M. lehnten die Unternehmer diese Zulage ab, sie erklärten, das Fallen des Dollars bedeutet auch ein Fallen der Lebensmittelpreise. Der Schlichtungsausschuss fällt einen Schlichtungsbescheid, nach dem für Dezember 75 Pfennig und für Januar weitere 21 Pf. gezahlt werden. Die meisten Redner sprachen sich gegen den Spruch aus, in einer demnächst stattfindenden Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute der in Frage kommenden Betriebe soll endgültig Bescheid gefasst werden. Zum Bau eines Gewerkschaftshauses soll jeder Kollege eine Marke für 20 Mark kaufen, dem wurde zugestimmt. Am Schluss wurde noch eine Anstellungskommission gewählt, die mit der Krisenverwaltung gemeinsam die Anstellung des zweiten Geschäftsführers vorbereiten soll. Trotz einiger Verwirrung, die aber durch die Leitung begünstigt wurde, war die Versammlung von einem guten Geist bejelt. Darum Kollegen beteiligt Euch im kommenden Jahre recht rege am Organisationsleben, nur wenn jeder einzelne seinen Mann stellt, werden wir den Kämpfen, die uns bevorstehen, ruhig entgegengehen können. Jeder sei ein Agitator, jeder werbe für den Verband, nicht Kleinliche persönliche Interessen seien unsere Aufgaben, sondern die Führung der gesamten Arbeiterklasse.

## Die Wohltätigkeitsfonds der Schlesischen Leinen-Industrie.

Von einem Freiburger Arbeiter erhalten wir folgende Zählweise:

Anfang November veröffentlichte die bürgerliche Presse (auch der Freiburger Bote) eine Notiz, in der viel Wesen gemacht wird von einem Wohltätigkeitsfond, den die Schlesische Leinen-Industrie anlässlich ihres 50-jährigen Bestehens schaffte. Unter anderem wurden zugunsten der Betriebsangehörigen 700 000 M., für den Pensionfonds 200 000 M. und für einen Unterstützungsfonds 200 000 M. gestiftet. Das klingt alles schön, nicht wahr? Man muß sich bei all diesen Summen einmal ansehen, welche Nutzen-erwartungen aus den Knochen der Arbeiter und Arbeiterinnen herausgeschunden wurden. Dann wird man finden, daß dieser „Wohltätigkeitsfonds“ eine Lappalie ist. Die Abschreibungen des letzten Geschäftsjahres betragen 1 301 413 Mark, der Reingewinn 7 358 653 Mark (im Vorjahre 3 194 485). Bei diesen Buchergewinnen nimmt sich der „Wohltätigkeitsfonds“ wie ein Bettelpenny aus. Es kommt aber noch besser, wenn man sieht, wie diese noble Firma mit den Wohltätigkeitseinrichtungen in der Praxis verfährt. Bei der Schlesischen Leinenindustrie (vormals E. G. Kramitz u. Söhne) erhalten die pensionierten Meister eine monatliche Pension von ganzen 111 bzw. 140 M., einchl. eines monatlichen Zuschalges von 20 M. Von diesen Hungerpennungen sollen die alten Leute leben können. Ob den Empfängern dieser „Wohltätigkeit“ nicht manchmal der Atem wegbleibt, wenn sie die horrende Summe in Empfang nehmen?

Die im Dienste des Kapitals ergrauten und angemerkten Arbeiter und Angestellte wollen keine „Wohltätigkeiten“, sie betrachten es als eine selbstverständliche Pflicht, daß der Unternehmer, der durch ihrer Hände Arbeit Vermögen anjammelt, ihnen während der alten Tage eine Pension zahlt.

Sie sind der Meinung, daß die Schlesische Leinenindustrie durchaus nicht von idealen Gründen geleitet wurde, als sie in Wohltätigkeit machte, sie tat das von sehr praktischen Gesichtspunkten aus. Erstens ist das eine sehr gute Klippe und zweitens brauchen die Wohltätigkeitsfonds nicht verteuert werden. Es ist also immerhin ein Geschäft.

## Gebt für die „Rote Hilfe“.

## Soziales.

Mittwoch, den 18. Januar, abends 7 Uhr, im Parteilbüro Sitzung der Bezirksleitung. Einladungen erfolgen nicht. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht. Breslau.

### Die Klassenkampfparole der Hausbesitzer.

Die Hausbesitzervereine veranstalteten am Sonntag vormittag eine Versammlung, die einen äußerst stürmischen Verlauf nahm. Der alte Vorstand wurde abgesetzt und ein neuer zusammengesetzt, der Gewähr bieten soll, daß der Kampf gegen Regierung und Gemeindebehörde nachdrücklicher geführt wird. Deshalb wählte man nur auch solche Hausagrarier, die als besonders reaktionär gelten. Der Kampf der Hausbesitzer gilt nicht etwa dem Wohnungselend, nur das Profitinteresse ist maßgebend. Sie wollen eine unverkürzte Erhöhung der Mieten, Befestigung des Mietseinerungsamtes und verschiedenes anderes außerdem. Eine Entschärfung fand Ausnahme, die stammenden Protest erhebt, gegen Bergewaltigung und Erpressung des Reichs und der Gemeinde und die ausklingt in folgenden unverkürzten Forderungen:

1. Dem Hauseigentümer die freie Verfügung über sein Eigentum unverzüglich wieder zurückzugeben und bis dahin das Ortsstatut dahin abzuändern, daß ges. Erhöhungen der Abgaben sofort auf die Mieten umgelegt werden können.
2. Die Miete und Pachtpreisbildung dem jeweiligen Geldestande anzupassen.
3. Beschränkung des Mietseinerungsamtes auf Bucherfälle.
1. Staatliche Entschädigung der schullos ruinierten Hausbesitzer.

## Werbewoche vom 21.-28. Januar

Alle Ortsgruppen werden gebeten, sofort die Anzahl der zur Werbewoche benötigten Zeitungen im Verlag, Breslau, Nikolaitr. 49/50 anzugeben.

Wenn der Magistrat innerhalb einer von der Versammlung zu bestimmenden Frist keine befriedigende Erklärung abgibt, sehen wir uns gezwungen, sämtliche Zahlungen an die Behörden zu verweigern, und zur gleichen Handlung sämtliche Verbände der Haus- und Grundbesitzer Preussens auch im eigenen Interesse zur tatkräftigen Unterstützung aufzufordern.

Die Freiheit der Hausbesitzer kennt keine Grenzen. Aber sie werden nicht viel Erfolg haben, wenn Reich und Behörden fest bleiben. Stellen sie die Zahlungen ein, dann können die Mieter ja ihre Mieten an den Magistrat abführen. Diese Lösung dürfte den Hochmut der Hausbesitzer bald brechen. Den Mietern ist zu empfehlen überall Mieterräte zu bilden und sich den Mietervereinigungen anzuschließen.

Für die Arbeiterklasse ergibt sich aus dem Verhalten der Hausbesitzer und deren rücksichtslosem Einsetzen für ihre Forderungen die Lehre, daß sie ebenso wie die Hausagrarier alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel zur Erreichung materieller Vorteile anzuwenden müssen, daß sie ebenfalls mit der größten Rücksichtslosigkeit ihre immer sehr bescheidenen Forderungen durchzudrücken versuchen müssen.

### Zusagenunterstützungen für Sozialrentner.

Invaliden- und Altersrentner sowie Empfänger von Renten der Angefallenen-Versicherung können auf Grund des Reichsgesetzes vom 7. Dezember 1921 neben ihrer Rente auf Antrag Zusatzunterstützungen von der Gemeindebehörde erhalten. Wer durch Krankheit, Alter usw. behindert ist, kann den Antrag durch einen mit schriftlichem Ausweis versehenen Vertreter stellen lassen. Anträge werden nur mündlich entgegengenommen. Der Tag, wann und der Ort, wo sie entgegengenommen werden, sind aus einer Bekanntmachung des Magistrats (Wohlfahrtsamt) an den Anschlagstafeln zu ersehen, die eine Zusammenstellung der Rentnempfänger nach den Anfangsbuchstaben ihrer Namen von A bis Z enthält. Wenn die übrigen Rentner ihren Antrag stellen können, wird Ende Januar bekannt gemacht werden.

Vorgelegt werden muß der letzte Rentenbescheid oder eine Bestätigung der Zahlstelle, des Versicherungsamtes, des Rentenausschusses oder der Erbschaftsbehörde über die Erteilung dieses Bescheides. Besondere Beachtung verdient die Tatsache, daß wer kein Einkommen durch miteigene Bewirtschaftung (Wohlfahrtsamt) oder durch den Arbeitgeber über Lohn oder Gehalt, Bescheid über sonstige Reichsversorgung oder andere Militärversorgungsgeldsätze, Bezüge aus knappschaftlicher Versicherung, aus öffentlichen oder privaten Versicherungsunternehmungen, aus privaten Unterstützungseinrichtungen usw.)

### Beschäftigung von Ausländern.

Dem städtischen Arbeitsamt wird mitgeteilt: Die Einstellung des Arbeitsmarktes und die steigende Zahl der Geschäftslosen machen es erforderlich, die Zahl der in Deutschland beschäftigten oder Beschäftigung suchenden Ausländer nach

Möglichkeit einzuschränken. Das städtische Arbeitsamt richtet daher an die Arbeitgebererschaft die dringende Mahnung, von nun an nur insoweit Ausländer zu beschäftigen, als zu einer geregelten Weiterführung des Betriebes unbedingt erforderlich ist soweit geeignete deutsche Arbeitskräfte nicht zur Verfügung stehen. Eine Ausnahme besteht lediglich für diejenigen deutschstämmigen Ausländer, die sich entweder als Rückwanderer aus dem Auslande in Preußen eingestellt haben oder denen die Rückkehr in die Heimat infolge der dortigen politischen Verhältnisse einstweilen verweigert ist, oder die mit ordnungsmäßigen Paß und Sichtvermerk für die Einreise zum dauernden Aufenthalt oder mit den an ihre Stelle tretenden Ausweisen der deutschen Fürsorgekommission im Auslande versehen sind. Die Weiterbeschäftigung aller anderen Ausländer, sei es in Industrie- und Gewerbebetrieben, sei es als niedere Hausangestellte, ist von einer Genehmigung des Landesarbeitsamtes, Am Hauptbahnhof 2, abhängig.

Um diese Genehmigung alsbald einholen zu können, werden die Arbeitgeber solcher industrieller und gewerblicher Betriebe und Handlungsvorstände, welche auch in diesem Jahre auf die Mitarbeit von Ausländern unbedingt angewiesen sind, aufgefordert, beim städtischen Arbeitsnachweis, Gartenstraße 3/5, einen Antragsvordruck wahrheitsgemäß auszufüllen und diesen bis spätestens 20. Januar d. J. an den Arbeitsnachweis wieder zurückzugeben. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß bei verspätet eingehenden Anträgen die Gehälter des Landesarbeitsamtes sich verdoppeln und daß solche später eingehende Anträge nur dann Aussicht auf Berücksichtigung haben, wenn das Bedürfnis zur Ausländerbeschäftigung erst nachträglich eintreift.

### Die neuen Anhängerwagen der städt. Straßenbahn.

Das Presseamt des Breslauer Magistrats schreibt: Als Zeichen dafür, daß unsere städtische Straßenbahn nicht allein befreit ist, mit den technischen Neuerungen anderer Straßenbahnen Schritt zu halten, sondern daß sie auch in der Lage ist, wesentliche Verbesserungen zu schaffen, können die neuen Anhängerwagen gelten, die in den letzten Monaten in den Betrieb der städtischen Straßenbahn eingestellt worden sind.

Beim Betreten der Wagen überrascht zunächst die Höhe und die Lichtfülle, die im wohlthuenden Gegenatz zu den alten Wagen mit flachem Dache stehen. Aber auch gegenüber den modernsten, erst im Jahre 1913 angeschafften Wagen mit Oberlicht, sind die Raumverhältnisse bedeutend günstiger, vor allen Dingen macht sich in diesen Wagen Tabakqualm und Zugluft bei weitem nicht so bemerkbar. Selbst zur Geltung kommen aber erst die Wagen im Sommer, wenn das Wetter die Fenster zu öffnen gestattet. Abweichend von den sonstigen Ausführungen werden die Fenster nicht in der Seitenwand versenkt, sondern nach oben geschoben. Da die Bedienung der Fenster durch sinnreiche Einrichtung äußerst leicht ist, hat ein plötzlicher Schlagregen seine Schreden verlor. Die Ausführung der Wagen selbst ist durchaus einwandfrei und braucht das Urteil des Fachmannes nicht zu scheuen. Das muß besonders hervorgehoben werden, weil die Wagen in der eigenen Werkstatt der Straßenbahn erbaut sind. Die Straßenbahn kann mit Recht stolz auf ihre Arbeit sein; sie spricht dafür, daß die technische Leitung sich fortschrittlichen Bestrebungen nicht verschließt.

### Schwerer Unglücksfall.

In Giersdorf ereignete sich ein schwerer Unglücksfall beim Holzabfahren; der Geselle des Schuhmachermeisters Hoffmann verlor auf der glatten Bahn die Gewalt über den Schlitten, der über ihn hinwegging. Er wurde schwer verletzt, so daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

## Versammlungs-Kalender.

- A.P.D. Breslau, Dienstag, den 17. Januar, abends 5 Uhr, Abend der Frauen für die Ruheständler.
- 6 1/2 Uhr abends, Sitzung der Frauen-Agitationskommission.
- 7 1/2 Uhr abends, im Parteilokal, Frauen-Mitglieder-Versammlung. Genossinnen erscheinen vollzählig.
- Achtung! Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Donnerstag, den 19. Januar 1922, abends 7 Uhr, im Parteilbüro außerordentliche wichtige Fraktionsversammlung. Jeder Genosse hat zu erscheinen.
- A.P.D. Vaudeshut, Mittwoch, den 18. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthof zur Sonne: Öffentliche Selbstversammlung. Genossin Minna Reichert-Berlin wird die schwebenden wirtschaftlichen und politischen Fragen der Gegenwart besprechen.
- A.P.D. Langenbielau, Sonnabend, den 4. Februar, bei Dintur, Mitglieder-Versammlung. Alles hat zu erscheinen, die Funktionäre eine halbe Stunde früher.

### Quittung.

Für Monat Dezember 1921 sandten Teilzahlungen ein: Brieg, Kawallen, Nieder-Herrsdorf, Neu-Särchen, Dels, Sagau, Schwarzwaldau und Sandberg. Verlag und Expedition.

Verantwortl. Redakt.: Erich G e t t e; Inserate: Max J o h o e r. Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlesien, e.G.m.b.H. Druck: P ä f f e l & D e n i g e l, Königlich in Breslau.

**Schauspielhaus**  
perpetuelle La Ritz  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
Das Kätzchen  
Mittwoch, Freitag 7 1/2 Uhr:  
Die Langgasse  
Samstag 7 1/2 Uhr:  
Der rote Reiter

**Liebig-Theater**  
täglich 7 1/2 Uhr:  
Das große  
**JANUAR-PROGRAMM**

**Adlung! Wo!**  
Inhalt: von heute und  
gestern: ADEL  
Inhalt: von heute und  
gestern: ADEL

**Di. H. Kluge**

Nur 3 Tage!  
**Maciste**  
der Mann  
des Schreckens  
6 Akte.  
Feuer.  
**Das gute  
Lebensprogramm**

**Große  
Gold-Lotterie**  
vom Reich der  
Freiburger Münster.  
Ziehung vom  
21.-31. Januar 1922.  
2521 Gegebenes  
im Betrag von  
**1 Million Mark.**  
Hauptgewinn:  
1 000 000  
" 75 000  
" 50 000  
" 25 000  
" 10 000  
" 5 000  
" 2 000  
" 1 000  
Lose werden, aus und  
einen Frei- von Mk. 6.-  
30 Lose kostet Mk. 6.-  
30 Lose Mk. 1.-  
W. Großer,  
Leipzig, Hauptstadt,  
Hauptstadt, Leipzig 11.

**Freiburger Münster  
Gold-Lotterie**  
Ziehung am 25. bis 31. Januar.  
**1-Million**  
Hauptgewinn 1 000 000  
" 100 000  
" 75 000  
" 50 000  
" 25 000  
" 10 000  
" 5 000  
" 2 000  
" 1 000  
Lose zu Mark 6.-  
Porto und amtliche Liste Mk. 3.-  
**Bank- u. Lotterie-Geschäft**  
Kaus Groß, Kanberg 9, Eichholz 54, L.

**Alte Ziele  
Neue Wege**  
(Über die  
proletarische Einheitsfront)  
Inhalt: Von einer neuen Welle — Um  
die Frage der Einheitsfront — Der  
Stand der Frage in den verschiedenen  
Ländern — Auf die Gefahren achten  
31 Seiten — Preis broschiert Mk. 2.—  
Organisationsausgabe..... Mk. 1.50)  
**Verlag Carl Hoyrn Nachf., Louis Cababley, Hamburg**

**G. SINOWJEW:**  
**Die Taktik  
der Kommunistischen  
Internationale**  
(Rückblick auf die Arbeiten des  
III. Weltkongresses des K. I.)  
Inhalt: Die allgemeine Linie der K. I.  
— Die rechten und die linken Tea-  
denzen — Deutschland — Italien —  
Frankreich — Tschechoslowakei —  
Schlußfolgerungen  
77 Seiten — Preis broschiert Mk. 5.—  
(Organisationsausgabe..... Mk. 4.—)

Alleinverkauf

Verkaufsstelle: Herrmannstraße  
Berthold Schöberl, Buchhändler

Kleine Wertstatt  
in Breslau  
Inhalt: von heute und  
gestern: ADEL  
Inhalt: von heute und  
gestern: ADEL

Kleine Wertstatt  
in Breslau  
Inhalt: von heute und  
gestern: ADEL  
Inhalt: von heute und  
gestern: ADEL

Genossinnen und Genossen!  
Verbit unermüdetlich Inserenten für die  
Schlesische Arbeiterzeitung!

Genossinnen und Genossen!  
Verbit unermüdetlich Inserenten für die  
Schlesische Arbeiterzeitung!